



Brüssel, den 19. Oktober 2017
(OR. en)

13380/17

FIN 628
EPPO 41
EUROJUST 157
CATS 106
COPEN 305
GAF 45
CSC 235
INST 381

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.: Entwurf einer gemeinsamen Erklärung zur Europäischen Staatsanwaltschaft
– *Annahme*

1. Im Anschluss an die Beratungen zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission in der Trilog-Sitzung vom 18. Oktober 2017 ist eine Einigung über den in der ANLAGE wiedergegebenen Entwurf einer gemeinsamen Erklärung erzielt worden.
2. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter wird ersucht, dem Rat zu empfehlen, er möge seine Zustimmung zu diesem Entwurf einer gemeinsamen Erklärung bestätigen.

Entwurf einer gemeinsamen Erklärung zur Europäischen Staatsanwaltschaft

"In Übereinstimmung mit Nummer 31 der Interinstitutionellen Vereinbarung (IIV) vom 2. Dezember 2013 kommen das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission auf der Grundlage der von der Kommission übermittelten Informationen wie folgt überein:

- Die Verordnung über die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft wurde vom Rat (Justiz und Inneres) auf seiner Tagung vom 12./13. Oktober 2017 angenommen, nachdem das Parlament seine Zustimmung gegeben hatte.
- Die Finanzierung der Beträge, die im überarbeiteten Finanzbogen für die Aufgaben vorgesehen sind, kann im Rahmen der vereinbarten Ausgabenobergrenze der Rubrik 3 des mehrjährigen Finanzrahmens für den Zeitraum 2014-2020 gesichert werden, gegebenenfalls unter Einsatz besonderer Instrumente im Sinne der MFR-Verordnung. Über den jährlichen Beitrag der EU und die Gesamtzahl der Planstellen der Europäischen Staatsanwaltschaft für die Haushaltsjahre 2019–2020 wird im Rahmen des jährlichen Haushaltsverfahrens entschieden."